

Schriftliche Fragen

**mit den in der Woche vom 5. Oktober 2015
eingegangenen Antworten der Bundesregierung**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 74	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Lay, Caren (DIE LINKE.)	76
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	2	Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44
Dr. Brantner, Franziska (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	50, 51, 52, 53
Bulling-Schröter, Eva (DIE LINKE.)	3, 4	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	79
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	14, 15	Müller, Norbert (Potsdam) (DIE LINKE.)	33, 46
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	5, 6	Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78
Dr. Gambke, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 62	Dr. Neu, Alexander S. (DIE LINKE.)	27
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77	Özdemir, Cem (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	16, 24	Poß, Joachim (SPD)	34, 35
Juratovic, Josip (SPD)	65	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	25	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 67, 68
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 49	Schauws, Uille (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 9
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17	Schlecht, Michael (DIE LINKE.)	10, 36, 37
Korte, Jan (DIE LINKE.)	26	Tressel, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 55
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	75	Trittin, Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 45
Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	29	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	19, 38, 39, 40
		Ulrich, Alexander (DIE LINKE.)	11
		Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 69

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	28, 56, 57, 58	Wöllert, Birgit (DIE LINKE.)	60, 61
Wagner, Doris (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70	Wunderlich, Jörn (DIE LINKE.)	47, 48
Weinberg, Harald (DIE LINKE.)	59	Zimmermann, Sabine (Zwickau (DIE LINKE.)	42, 43
Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	71, 72, 73		

28. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Wie viele EU-Zuwanderer vor allem aus Rumänien und Bulgarien leben nach Schätzung der Bundesregierung in Deutschland, und wie hoch könnte die Zahl derjenigen aus dieser Gruppe sein, denen aufgrund schwer zu ermittelnder Vorversicherungszeiten eine Aufnahme in die GKV verwehrt wird?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Ole Schröder
vom 8. Oktober 2015**

Ausweislich des Ausländerzentralregisters lebten zum Stichtag 31. August 2015 425 477 rumänische und 211 648 bulgarische Staatsangehörige in Deutschland.

Weitere Erkenntnisse im Sinne der Frage liegen der Bundesregierung nicht vor.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

29. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Inwiefern kann die Bundesregierung, die sich „verschlechternden Arbeitsbedingungen“ (www.heise.de/ix/meldung/Europaeisches-Patentamt-droht-Gewerkschaftsfuehrung-2814245.html) beim Europäischen Patentamt unter der Leitung von Präsident Benoît Battistelli gegenüber den Beschäftigten und deren Gewerkschaft SUEPO bestätigen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Entschärfung bzw. Beilegung des Konfliktes?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange
vom 8. Oktober 2015**

Das Europäische Patentamt (EPA) ist ein Organ der Europäischen Patentorganisation (EPO). Die EPO ist eine 1973 gegründete internationale Organisation, die mittlerweile 38 Vertragsstaaten umfasst. Wie bei internationalen Organisationen üblich, hat sich die EPO einen eigenständigen Rechtsrahmen gegeben. Dieser besteht vor allem aus dem Europäischen Patentübereinkommen und weiteren völkerrechtlichen Vereinbarungen. Für die dort beschäftigten Bediensteten – überwiegend internationale Beamte – gelten darüber hinaus ein eigenes Beamtenstatut sowie weitere interne Regelungen, die dessen Umsetzung und Ausgestaltung dienen.

Der Bundesregierung ist eine gute Arbeitsatmosphäre im Europäischen Patentamt ein sehr wichtiges Anliegen.

Um die Situation, insbesondere das Gesprächsklima im EPA zu verbessern, hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz im Verwaltungsrat der EPO eine Neubelebung des sozialen Dialogs angestoßen. Dieser soll in Form eines Trilogs zwischen dem Präsidenten, dem Verwaltungsrat und den Gewerkschaften im EPA geführt werden und dazu dienen, im Interesse der Bediensteten auszuloten, wo Annäherungen bei aktuellen Streitthemen möglich sind.

Das BMJV bemüht sich aktiv um eine Verbesserung der Situation. Letztlich kommt es jedoch auf die Beteiligten im EPA selbst an, die angebotenen Gesprächsmöglichkeiten zu nutzen und hierdurch Spielräume zu eröffnen. Einem einzelnen Vertragsstaat stehen insoweit keine Weisungs- oder Aufsichtsrechte zu. Auch Deutschland muss mit seinen Anliegen den Weg über die Gremien der EPO gehen und ist nur einer von 38 Vertragsstaaten.

30. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Pläne eines Leistungsschutzrechtes für Presseverleger auf europäischer Ebene, und wie sieht der Zeitplan für dieses Vorhaben aus?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange vom 7. Oktober 2015

Der Bundesregierung ist bekannt, dass ein etwaiges Leistungsschutzrecht für Presseverleger auf europäischer Ebene im politischen Raum kontrovers diskutiert wird. Sie hat keine Kenntnis von Plänen oder von einem Zeitplan für ein solches Vorhaben.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

31. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf Grundlage welcher ökologischen und wirtschaftlichen Kriterien wurde vom staatlichen Bergbausanierer Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) beim Umgang mit Eisenhydroxidschlamm (EHS) in deren „EHS-Konzept“ (EHS-Konzept der LMBV vom 30. November 2014) der Grundsatz „Verspülung vor Deponierung“ festgelegt, und gibt es finanzielle Vorgaben seitens der Bundesregierung, die der umgekehrten Priorisierung – Deponierung vor Verspülung – entgegenstehen?